Wormser Zeitung.

Enthält zugleich die amtlichen Verfügungen für den Kreis Worms und die gerichtlichen Anzeigen vom Gr. Bezirksgerichte Alzey.

Nro 87. Samstag, den 2. Juni 1866.

Deutschland.

* Worms, 31. Mai. Nachdem jetzt auch in hiesiger Stadt und Umgegend eine größere Anzahl von Mitgliedern der „deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger" (in Bremen domizilirend) gewonnen worden sind, dürften nachfolgende Notizen über den Stand dieser so wohlthätig wirkenden Gesellschaft, welche kaum 12 Monate besteht, gewiß von allgemeinerem Interesse sein. In den deutschen Küstenländern an der Nord- und Ostsee bestehen jetzt 13 Bezirksvereine mit 6536 Mitgliedern und 7182 Thlrn. jährlichen Beiträgen, in dem deutschen Binnenlande 7 Bezirksvereine und 47 Vertreterschaften mit 2648 Mitgliedern und 2771 Thlrn. Jahresbeiträgen, also zusammen: 9184 Mitglieder mit 9953 Thlrn. jährlichen Beiträgen, wozu in diesem ersten Gesellschaftsjahre kamen 7676 Thlr. an einmaligen Gaben, welche zur Neugründung von Rettungsstationen und ähnlichen Einrichtungen dienen sollen. Verwendet wurden und werden diese Gelder zur Unterhaltung und Herstellung von 7- theils fertigen theils vorbereiteten Bootsstationen der Nordsee und 11 der Ostsee. Daneben wird der vorgeschrittenen Technik des See-Rettungswesens die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt und steht deßhalb der Vorstand der deutschen Seerettungs-Gesellschaft im Verkehre mit den dänischen, englischen, holländischen und belgischen Seerettungs-Behörden.

Darmstadt, 31. Mai. (Hess. Vlksbl.) Gutem Vernehmen nach sollen in der am jüngsten Montag stattgehabten Sitzung des Finanzausschusses die Mitglieder desselben von dem Ministerium die Einführung der Grundrechte, die Wiederherstellung der Gemeindeordnung, die Beseitigung der Convention, die Mitwirkung zur sofortigen Einberufung des Parlaments ꝛc. verlangt haben, widrigenfalls sie nicht in der Lage seien, die angeforderten 4 Millionen zu bewilligen. Das Ministerium hat sich im ablehnenden Sinne geäußert. — Der Abgeordnete Keil von Fürth hat einen Antrag auf Erbauung einer Eisenbahn durch das Weschnitzthal gestellt.

In der Sitzung der ersten Kammer vom letzten Dienstag entspann sich eine längere Debatte über die schleswig-holsteinsche Frage. Der Präsident Fürst Solms-Lich war der Ansicht, daß keiner der Prätendenten ein volles Erbrecht auf die Herzogthümer besitze; am Besten würden sie Preußen cedirt, da sie in seiner Machtsphäre lägen. Die wirkliche Meinung des Landes zu ermitteln sei schwer; viele seien preußisch gesinnt; Lauenburg beweise das. Daß Preußen ein neues germanisches Reich mit dem Sitze in Berlin gründen wolle, sei eine durch Nichts begründete Behauptung. Durch die Cession der Elbherzogthümer an Preußen werde der österreichischen Waffenehre nicht zu nahe getreten. Auch Graf Solms-Laubach hatte eine Verbindung der Herzogthümer mit Preußen in der Form einer Personalunion für die beste Lösung gehalten. Frhr. v. Dalwigk erklärte sich damit nicht einverstanden, seine amtliche Stellung halte ihn aber von der Widerlegung ab.

Die Hess. Volksblätter schreiben zu der in Ober-Ingelheim auf Sonntag den 3. Juni anberaumten Volksversammlung: Man findet es sehr ungeeignet, daß diese Volksversammlung mit der Mohrfeier verbunden wird. An der Volksversammlung würden sich alle Parteien betheiligt haben, da der Zweck ein ächt nationaler, von den deutschen Patrioten jeder Parteinuancirung erstrebter ist; an der Feier der Enthüllung des Mohrdenkmals kann blos die Partei Theil nehmen, der Mohr im Leben angehangen. Einsender dieses hätte sich gern an der nationalen Kundgebung auf der Volksversammlung betheiligt, ist aber nicht in der Lage, dies zu thun, weil er unter allen Umständen vermeiden will, zu denen gezählt zu werden, welche wegen der Enthüllung des Mohrdenkmals nach Ober-Ingelheim kommen.

Ludwigshafen, 1. Juni. (Pf. K.) Eine größere Anzahl notabler Männer aus den Kantonen Neustadt und Dürkheim hat auf Sonntag den 3. Juni, Nachm. 3 Uhr, ihre Mitbürger zu einer Volksversammlung auf das Schießhaus in Neustadt eingeladen, um rückhaltlos und energisch ihre Forderungen auszusprechen, und so nach Kräften mitzuwirken, daß das größte Unglück eines Bürgerkrieges vom Vaterlande abgewendet werde.

Von der Lahn, 31. Mai. (F. P.) Unsere Gegend bietet dermalen ein sehr militärisches Bild. Bei Wetzlar ist ein preußisches Truppencorps von 12,000 Mann zusammengezogen, dem nächstens noch ein Regiment (aus Rastatt oder Düsseldorf) zugetheilt werden wird. Daß, wie früher gemeldet, ein oder mehrere Armeecorps hier aufgestellt werden sollen, bestätigt sich bis jetzt nicht. Im Uebrigen ist die Gegend von Siegen-Betzdorf von Militär ganz frei und es spürt die Gegend bis jetzt noch wenig Druck, da alle Lebensmittel und Fourage von fernher beigeführt werden, wie man sagt vom linken Rheinufer.

Karlsruhe, 28. Mai. Die Handelskammern der Städte Baden und Ettlingen sind den Resolutionen des Handelsvereins für Erhaltung des Friedens und des Zollvereins ebenfalls beigetreten. — Bezüglich der Aufhebung der Spielbank in Baden-Baden hält die Regierung fest an der bisherigen Bestimmung, daß das öffentliche Hazardspiel in Baden im Jahre 1867 aufzuhören habe.

Schweinfurt, 26. Mai. Der Einmarsch der verschiedenen Truppen-Abtheilungen in das hiesige Lager hat heute stattgefunden.

Leipzig, 28. Mai. In einer Bürgerversammlug wurde einstimmig eine Petition an den Landtag beschlossen, des Inhalts, derselbe möge die Regierung um Annahme des preußischen Vorschlages der Berufung eines Parlamentes auf nahen Termin nach dem Reichswahlgesetze von 1849 angehen. Mit allen gegen 23 Stimmen wurde Nichtbewilligung der Geldmittel zu Rüstungen verlangt.

Berlin, 30. Mai. Die „Provinzialcorrespondenz" schreibt: Preußen wird sich an den Pariser Conferenzen bereitwilligst betheiligen, hält aber an den Voraussetzungen fest, daß der Gang der Verhandlungen bald erkennen lasse, ob ernste Friedensaussichten möglich sind, und ferner, daß nicht eine unberechtigte Entscheidung des Auslandes für Fragen beansprucht werde, welche nur der Entscheidung der deutschen Mächte unterliegen. Der Beginn der Conferenzen findet wahrscheinlich in der nächsten Woche statt. Zunächst verhandeln die Gesandten; später, wenn die Berathungen Aussicht auf Erfolg darbieten, gehen vielleicht die Minister nach Paris. Die bisherigen Mittheilungen über besondere Vorschläge zur Ausgleichung, namentlich über neue Ländervertheilungen, sind nur Zeitungsberichte ohne jede ernstere Berechtigung.

Die Provinzial-Correspondenz, anknüpfend an den Ausspruch, daß der Regierung trotz des Krieges kein Geld zu bewilligen sei, so lange die Forderungen der Fortschrittspartei unerfüllt bleiben, meint, es könne das nicht die Ansicht des preußischen Volkes sein, weil damit Vaterlandsverrath geübt

TECHNISCHE UNIVERSITÄT DARMSTADT
http://tudigit.ulb.tu-darmstadt.de/show/Za-140-1866/0480
Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt